

**Niederschrift über die Sitzung des  
Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 6. Dezember 2010**  
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Mitglieder des VSKA: Kreisräte/innen:

Fabriz, Häußermann, Dr. Ketterer, Kölz (bis 17:50 Uhr), Metzger, Sczuka, Wersch (CDU)

Hestler, Kaufmann (bis 17:00 Uhr), R. Ulrich, Völker (SPD)

Brischke, Haußmann, Lenk, Meßmer (bis 18:25 Uhr) (FDP-FW)

Häuser, Jasper, Ostfalk (bis 17:55 Uhr) (Freie Wähler)

Besa, Fauth-Rank (GRÜNE)

Das stv. Ausschussmitglied: Fokken (SPD)

Hesky (bis 18:55 Uhr) (Freie Wähler)

Ferner:

Erster Landesbeamter Friedrich

Kreiskämmerer Geißler

Dezernent Bauer

Dr. Vogt, GB Schulen, Bildung, Kultur

Herr Kugler, Kreisprüfung

Geschäftsführer Braune, Kreisbaugesellschaft

Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Kliniken

Personalratsvorsitzender Reschke

Presse

Schulleiterinnen und Schulleiter

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:45 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 16:47 Uhr

Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 18:10 Uhr

§ 1

a) Schlussbericht zur Jahresrechnung 2009

(Drucksache 108/2010)

b) Feststellung der Jahresrechnung 2009

(Drucksache 85/2010-KT18.10.2010; Drucksache 109/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Kreiskämmerer Geißler erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Er berichtet, dass sich das Gesamthaushaltsvolumen gegenüber dem Planansatz von 457,2 Mio. € um 6,05 % auf 429,6 Mio. € verringert habe.

Zwar sei wie gewohnt der Großteil der Planansätze im Rahmen der Veranschlagung geblieben, allerdings habe es einige größere Abweichungen gegeben. So hätten zum Beispiel die Schlüsselzuweisungen um 2,6 Mio. € abgenommen und bei der Grunderwerbssteuer seien die Einnahmen um 3,3 Mio. € niedriger ausgefallen, als veranschlagt. Bei den Gebühren für die Untere Verwaltungsbehörde sowie bei den Zinseinnahmen habe ein Minus von 1,4 Mio. € hinzunehmen werden müssen. Mehreinnahmen in Höhe von 1,9 Mio. € seien bei den Landeszuweisungen für das SGB II verzeichnet worden. Bei den Personalkosten habe man durch strikte Ausgabendisziplin, Einsparungen in Höhe von 1,5 Mio. € (ohne den VRG-Bereich) erzielen können. Hohe Mehrausgaben seien insbesondere im Sozial- und Jugendhilfebereich mit 4,4 Mio. € entstanden.

Auch die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt habe sich im Vergleich zum Planansatz um 5,1 Mio. € auf 15 Mio. € verringert. Dagegen steige der Schuldenstand weiter. Dieser sei im Jahr 2009 von 64,9 Mio. € auf 66,4 Mio. € gestiegen. Die Sonderrücklage für die Abfallwirtschaft habe sich am Ende des Jahres 2009 auf insgesamt 52,9 Mio. € belaufen. Damit würden noch 43,4 Mio. € zu der notwendigen Rücklage (96,3 Mio. €) fehlen. Im Jahr 2009 seien 6,7 Mio. € für Baumaßnahmen ausgegeben worden. Bei den Straßenbaumaßnahmen hätten 5,4 Mio. € investiert werden können, nach 6,5 Mio. € im Jahr 2008. Darüber hinaus sei die 2. Rate für den Kauf der Straßenmeistereien in Höhe von 3,5 Mio. € fällig geworden. Haushaltseinnahmereste hätten in Höhe von 1,2 Mio. € gebildet werden müssen. Außerdem seien Haushaltsausgaberreste von 4,9 Mio. € im Verwaltungshaushalt und 9,1 Mio. € im Vermögenshaushalt auszuweisen gewesen.

Bei den Rems-Murr-Kliniken sei 2009 ein Verlust von 9,1 Mio. € entstanden, der wie geplant abge-

deckt wurde. Der aus dem Jahr 2008 abzudeckende Fehlbetrag in Höhe von 3,2 Mio. € werde man den Kliniken in Raten in den Jahren 2010, 2012 und 2013 erstatten.

Nachdem im Schlussbericht des Geschäftsbereichs Kreisprüfung bestätigt werde, dass es keine Gründe gebe, die der Feststellung der Jahresrechnung 2009 entgegen stünden, bitte er den Ausschuss, dem Kreistag die Zustimmung zu empfehlen.

Kreisrat R. Ulrich begrüßt die ausführlichen Darstellungen im Schlussbericht. Die Zahlen der Jahresrechnung seien grundsätzlich positiv. Dennoch belaste der hohe Schuldenzuwachs den Kreis, da dieser von 66,4 Mio. € im Jahr 2009 auf voraussichtlich 93,6 Mio. € im Jahr 2014 ansteige werde. Dies mache den Rems-Murr-Kreis nicht nur zu einem Landkreis mit einer der höchsten Kreisumlage, sondern auch zu einem mit den meisten Schulden. Deshalb müsse man sich Gedanken über Tilgung und Zurückführung der Schulden machen, auch wenn dies wegen der schlechten Haushaltslage für das kommende Jahr nicht möglich sei. Kritisch sehe er auch, dass die Effizienzrendite bei Verwaltungsreform nicht erwirtschaftet werden konnte. Er vermisse auch Ausführungen zur Standortreduzierung.

Kreisrat Haußmann bittet um Auskunft, ob es wie im Schlussbericht auf Seite 33 gefordert, inzwischen eine Vereinbarung zwischen den Rems-Murr-Kliniken und Landkreis gebe, die den Kostenersatz für erbrachte Leistungen und Erträge regelt. Außerdem fragt er, ob es bei den Fördermitteln von 2,7 Mio. € des Bundes für die Unterstützung von zusätzlichen Investitionen des Kreises bleibe. Es sei erfreulich, dass die Prüfung im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe keine Beanstandungen ergeben habe. Darüber hinaus bitte er zu prüfen, ob man im Interesse der Effizienz des Berichts, eine Straffung vornehmen könne.

Kreisrat Häußermann teilt mit, dass die CDU-Fraktion dem Bericht zustimme. Allerdings sei ihm aufgefallen, dass die Kosten für die Straßenbaumaßnahmen in der Ortsdurchfahrt Sulzbach um über 60 % gestiegen seien. Er bitte um Erläuterung.

Kreisrat Hesky bedankt sich für die Erstellung der Jahresrechnung und des Schlussberichts. Auffallend sei, dass die Personalausgaben um 1,7 Mio. € niedriger ausgefallen seien wie veranschlagt. Da dies aus kommunalen Kassen finanziert werde, stelle sich die Frage, ob dies nicht erkennbar gewesen wäre und man den Ansatz nicht hätte niedriger festsetzen können. Auch seien die Haushaltsausgabenreste in 2008 und 2009 stark gestiegen. Er hätte es für besser gehalten, wenn die Maßnahmen neu veranschlagt worden wären.

Landrat Fuchs nimmt zu den vorstehenden Redebeiträgen Stellung. Die Standortkonzentration sei beraten und dokumentiert worden. Der Prozess werde fortgesetzt. Bei der Effizienzrendite bitte er zu beachten, dass diese erreicht worden wäre, wenn die Vermessungsgebühren aus der Gesamtbetrachtung ausgeklammert werden.

Kreiskämmerer Geißler weist darauf hin, dass die Verschuldung in den nächsten Haushaltsjahren stark ansteigen werde. Die Abdeckung der Effizienzrendite sei, wie auf Seite 26 des Schlussberichts dargestellt, über eine außerplanmäßige Rücklagenentnahme (799.200 €) und zum anderen über den allgemeinen Haushalt (213.000 €) erfolgt. Die Fördermittel des Bundes seien an den Kreis bereits geflossen. Hinsichtlich der gegenseitigen Leistungserbringung zwischen dem Kreis und den Kliniken, gebe es bereits den Entwurf einer Vereinbarung. Kreisrat Häußermann erhalte noch Auskunft zu den Mehrkosten bei der K 1816 Ortsdurchfahrt Sulzbach/Murr.

Dezernent Bauer entgegnet, dass eine Punktlandung bei den Personalkosten bei den Minderausgaben kaum möglich sei. Die relative Abweichung betrage lediglich 2,7 % der veranschlagten Personalausgaben. Wenn der Vorwurf erhoben werde, dass die Kommunen den Überschuss bei den Personalkosten vorfinanziert hätten, müsse auch beachtet werden, dass dann auch die Mehrausgaben bei der Sozial- und Jugendhilfe nachträglich abzudecken gewesen wären.

Auf Nachfrage von Kreisrat Hesky, antwortet Landrat Fuchs, dass der Haushaltsausgabereist in Höhe von 250.000 € (s. S. 28 Rechenschaftsbericht 2009, Zeile Wohnraumförderung) für den Zuschuss an die Kreisbau für Brandschutz und die Personalappartements in der Jakob-Degen-Str. gebildet wurde.

Auszüge:

1 GB Finanzen

1 GB Kreisprüfung

§ 2

Haushaltsentwurf 2011

(Drucksachen 83/2010-KT18.10.10, 83/2010a-KT18.10.10 und 84/2010-KT18.10.10 97/2010-SozA22.11.10, 97/2010a-SozA22.11.10, 100/2010-JHA29.11.10, Drucksache 110/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zugrunde liegenden Drucksachen.

Geschäftsbereichsleiter Dr. Vogt erläutert den Teilhaushalt 3 anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Insgesamt seien die Schülerzahlen erstmals seit mehreren Jahren wieder rückläufig. Die Entwicklung der Schülerzahlen sei bei den einzelnen Schulzentren und Schularten jedoch sehr unterschiedlich. Insbesondere die Gewerbliche Schule in Waiblingen habe einen starken Rückgang zu verzeichnen. Er erläutert die wesentlichen Produktgruppen und weist darauf hin, dass auch der Schul- und Kulturbereich von den Sparmaßnahmen des Kreises betroffen. So seien die Freiwilligkeitsleistungen, zum Beispiel bei den Schulpartnerschaften, dem Carl-Schweizer-Museum, den Musik-Dachverbänden, der Erwachsenenbildung und dem Sportkreis um 20 % gekürzt worden.

Kreiskämmerer Geißler erläutert die übrigen Teilhaushalte. Für die Gebäudeunterhaltung und –bewirtschaftung durch die RMIM seien 6,357 Mio. € sowie zum Abbau des Sanierungsstaus 2,4 Mio. € verschlagt. Er zeigt außerdem die Verlustentwicklung und Zusammensetzung des Zuschussbedarfs für die Rems-Murr-Kliniken in Höhe 10,1 Mio. € auf. Die Schlüsselzuweisungen vom Land und die Grunderwerbssteuer würden im Vergleich zum laufenden Jahr, trotz jüngster November-Steuerschätzung, niedriger ausfallen. Zudem seien sie noch sehr optimistisch veranschlagt. Die Verschuldung wird mit insgesamt 82 Mio. € einen neuen Höchststand erreichen.

Kreisrat R. Ulrich merkt an, dass im Rahmen der Gemeindefinanzreform zur Zeit viel über eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer diskutiert werde.

Kreiskämmerer Geißler erwidert, er bezweifle dies, zumal der Ministerpräsident wenig Bereitschaft erkennen lasse, diesem Vorschlag nachzukommen.

Landrat Fuchs informiert darüber, dass die Regierungskommission zur Gemeindefinanzreform derzeit erörtere, ob der Bund die Finanzierungslasten bei der Grundsicherung im Alter und bei Er-

werbslosigkeit übernehme. Dies wäre allerdings wenig auskömmlich, da das Hauptfinanzierungsproblem eher im Bereich der Eingliederungshilfe liegt.

Kreisrat Sczuka betont, dass man sich bezüglich der Schuldenentwicklung langfristig Gedanken machen müsste. Ihn interessiere, ob die eingetretenen Veränderungen bereits mit eingerechnet seien, da die Höhe der Verschuldung vom Haushaltsentwurf abweiche.

Kreisrat Ketterer ist der Meinung, dass die Grunderwerbssteuer sehr optimistisch geschätzt sei, auch wenn es positive Zeichen, wie z.B. bei den Schlüsselzuweisungen gebe, dass sich die Situation verbessere.

Landrat Fuchs warnt davor, die Grunderwerbssteuer noch höher anzusetzen, zumal der jetzige Ansatz schon riskant sei.

Es erfolgt die Beratung der Anträge der Fraktionen.

Landrat Fuchs verweist auf Nr. I, Ziffer 1 der Drucksache 110/2010, Antrag der FDP/FW-Fraktion:

Aufstellung, welche externe Gutachter- und Beratungsleistungen für das Haushaltsjahr 2011 geplant sind.

Kreisrat Haußmann bittet um Auskunft, ob die Organisationsuntersuchungen verschoben werden könnten.

Landrat Fuchs antwortet, dass der Ansatz für die Organisationsuntersuchung bereits reduziert worden sei. Es sei grundsätzlich möglich, diese auszusetzen. Zur Zeit werde die Organisationsuntersuchung des Geschäftsbereichs 43 und AWG durchgeführt. Diese sei wegen tauschähnlichen Geschäften und Neustrukturierung der Gesellschaft sinnvoll.

Landrat Fuchs verweist auf Nr. I, Ziffer 2 der Drucksache 110/2010, Antrag der FDP/FW-Fraktion:

Aufstellung, welche laufenden Projekte wie z.B. Lernen vor Ort mit Fördermitteln (Umfang und Laufzeit) co-finanziert sind.

Kreisrat Haußmann dankt für die Stellungnahme der Verwaltung. Es gehe darum, die Fortführung der Projekte zu überprüfen, sobald die Co-Finanzierung ausläuft.

Landrat Fuchs verweist auf Nr. I, Ziffer 3 der Drucksache 110/2010, Antrag der Fraktion der Freien Wähler.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, den nachstehenden Antrag der Fraktion der Freien Wähler (I. Ziff. 3) bis zur Sitzung des Kreistags am 13.12.2010 zurückzustellen:

Kürzung des Personalbudgets um 1.000.000 Euro (statt 600.000 Euro)

Landrat Fuchs verweist auf Nr. I, Ziffer 4 der Drucksache 110/2010, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Bauer, Dezernent I, erläutert eingehend den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Kreisrätin Fauth-Rank begrüßt den konstruktiven Alternativvorschlag der Verwaltung. Sie schläge vor, jedem Kreisrat eine jährliche pauschale Abdeckung seines Aufwands in Höhe von 100 € abzugelten. Die eingesparten Mittel in Höhe von 5.000 € sollen für ökologische Maßnahmen verwendet werden. Durch den Vorschlag der Verwaltung lasse sich auch der Verwaltungsaufwand reduzieren.

Landrat Fuchs macht deutlich, dass man sich in der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 29.11.2010 darauf geeinigt habe, die Bestandsaufnahme des Amphibienschutzes auszusetzen. Der Klimaschutz sei im Haushalt etatisiert.

Kreisrat Hesky kündigt namens der Fraktion der Freien Wähler an, dass der Antrag abgelehnt werde.

Kreisrat Lenk erkennt keinen Zusammenhang zwischen den Themen „Amphibienschutz“ und „ehrenamtliche Entschädigung“.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (I. Ziff. 4) bei 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltungen ab:

Jeder Kreisrat erhält mit dem Sitzungsgeld eine jährlich pauschale Abdeckung seines Aufwands in Höhe von 100,00 €. Die darüber hinaus gehenden Einsparungen kommen ökologischen Maßnahmen, wie dem Amphibienschutz, zu Gute.

Landrat Fuchs verweist auf Nr. I, Ziffer 5 der Drucksache 110/2010, Antrag der FDP/FW-Fraktion:

Rückwirkend ab 2008 jährliche Soll-Ist-Aufstellung zwischen der vertraglichen Regelung des Miet- und Servicevertrags und den tatsächlich eingesetzten Sanierungsmitteln.

Kreisrat Haußmann erklärt, dass es der FDP/FW-Fraktion wichtig sei, diese Aufstellung zukünftig in den Haushalt mit aufzunehmen und fortzuschreiben.

Landrat Fuchs sagt dies zu.

Landrat Fuchs verweist auf Nr. I, Ziffer 6 der Drucksache 110/2010, Antrag der FDP/FW-Fraktion:

Evtl. gemeinsam mit anderen Landkreisen oder dem Landkreistag Vorschläge zur Lösung der grundsätzlichen Finanzierungsproblematik der Landkreise zu entwickeln, die sich aufgrund des starken Kostenanstiegs der Sozial- und Jugendhilfe ergeben.

Kreisrat Haußmann erklärt, die Intension des Antrags sei, Möglichkeiten aufzeigen, wie man auch die Ausgabenseite in die Diskussion mit einbinden könne und Fokus nicht nur einseitig auf die Einnahmeseite zu richten.

Landrat Fuchs weist zu Nr. I Ziffer 7 der Drucksache 110/2010 darauf hin, dass die Diskussion und Entscheidung über die Kreisumlage in der Kreistagssitzung am 13.12.2010 erfolgen soll. Die Anträge der CDU-Fraktion, der FDP-FW-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler mit einem Hebesatz in Höhe von 41,0 % würden eine Deckungslücke von rd. 400.000 € bedeuten; der Antrag der



Fraktion der Grünen mit einem Hebesatz von 41,6 Prozentpunkten eine Überdeckung von 2 Mio. €, die zur Schuldentilgung verwendet werden sollen.

Kreiskämmerer Geißler erläutert Nr. II – V der Drucksache 110/2010. Aus den Veränderungen unter II., III. und IV. ergebe sich bisher im Ergebnishaushalt beim ordentlichen Ergebnis eine Deckungslücke in Höhe von 45.000 Euro bei einem Kreisumlagehebesatz von 41,1%. Bei einer reduzierten Kostenumlage an den Zweckverband Wieslauftalbahn würde eine Überdeckung in Höhe von 48.000 Euro entstehen. Das veranschlagte Sonderergebnis verändere sich im Saldo um 16.000 Euro. Im Finanzhaushalt ergebe sich durch die Veränderungen bisher eine Reduzierung der Kreditaufnahme um insgesamt 619.000 Euro. Bei einer Erhöhung der Kapitalumlage an den Zweckverband Wieslauftalbahn würde die Reduzierung der Kreditaufnahme 521.000 Euro betragen. Die Verwaltung schlage vor, abweichend vom Beschluss des Jugendhilfeausschusses am 29.11.2010 die Zuschüsse für Jugendfreizeiten, wie bereits vom Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss am 27.09.2010 empfohlen, um 20 % zu kürzen (48.000 Euro statt 24.000 Euro).

Landrat Fuchs erinnert an das mit den Fraktionen erarbeitete Sparpaket mit einer 20%igen Kürzung bei den Freiwilligkeitsleistungen. Dieses sei auch im Jugendhilfeausschuss eingebracht, mit den Stimmen der weiteren Mitglieder, jedoch mehrheitlich abgelehnt worden. Daher bitte er um eine nochmalige Bestätigung durch den Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss, bei den 20 % zu bleiben.

Kreisrat Sczuka spricht sich dafür aus, dass der Kreistag entscheide, da kein Ausschuss über einen anderen bestimmen solle.

Kreisrat R. Ulrich verweist auf die Hauptsatzung, wonach bei widersprüchlichen Beschlüssen zweier Ausschüsse, der Kreistag entscheide. Er macht darauf aufmerksam, dass nicht durchgängig um 20 % gekürzt werde. Auf S. 12 und 13 der Drucksache 110/2010 seien beispielsweise mehrere Maßnahmen aufgeführt, bei denen nur um 10 % gekürzt werde. Deswegen sei eine Rücknahme der Kürzung vertretbar. Dies solle auch als Zeichen an die vielen ehrenamtlichen Helfer gesehen werden.

Kreisrätin Fauth-Rank plädiert ebenfalls für eine Kürzung um lediglich 10 %. Die Freizeiten hätten eine lange Tradition und würden vor allem der Prävention und der sozialen Kompetenzentwicklung dienen. Die Qualität der Freizeiten würde unter den Einsparungen sehr leiden.

Kreisrat Lenk erinnert daran, dass man sich auf ein Sparpaket geeinigt habe und er es nicht für richtig halte, nun einzelne Bereiche wieder aufzubrechen.

Kreisrat Hesky ist ebenfalls für eine Beschlussfassung im Kreistag.

Landrat Fuchs macht deutlich, dass man in Erklärungsnot käme, wenn man das Sparpaket an dieser Stelle aufbrechen würde. Dies sei eine Frage der Glaubwürdigkeit, Gleichbehandlung und Gerechtigkeit. Durch die Kürzungen sehe er das Engagement der Ehrenamtlichen nicht geschmälert.

Kreisrat R. Ulrich weist darauf hin, dass man in den Sitzungen der Haushaltskommission stets davon ausgegangen war, dass keine zusätzlichen Mittel mehr zur Verfügung stünden. Aufgrund der erhöhten Schlüsselzuweisungen und die verminderte Umlage an den Verband Region Stuttgart habe sich dies nun aber geändert und man habe Mehreinnahmen in Höhe von 2 Mio. €. Die Kreisumlage könne entsprechend gekürzt und einen geringer Teil davon in die Rücknahme bei den Kürzungen der Jugendfreizeiten um 20 % investiert werden. Er widerspreche Landrat Fuchs in der Frage der Gleichbehandlung, da in vielen anderen Bereichen ebenfalls nur um 10 % gekürzt werde. Den Beschluss des Jugendhilfeausschusses könne nicht einfach ignoriert werden.

Kreisrat Sczuka befürchtet, dass ein nochmaliger Beschluss des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses ein negatives Signal an den Jugendhilfeausschusses bedeuten würde. Es sei nicht förderlich, dieses Thema dreimal zu beraten. Die Freizeiten seien zwar wichtig, aber es müsse auch der Zusammenhang mit dem Gesamthaushalt gesehen werden.

Landrat Fuchs schlägt vor, dass der Ausschuss eine Empfehlung an den Kreistag ausspreche.

Kreisrat Kaufmann erwidert, dass eine Ausschussempfehlung dasselbe Signal bedeute wie ein Beschluss. Er stelle daher den nachstehenden Geschäftsordnungsantrag.

Der Ausschuss beschließt mit 9 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen den Geschäftsordnungsantrag von Kreisrat Kaufmann zu VI. Ziff. 2:

Über die Rücknahme der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 29.11.2010,

- Zuschüsse für Freizeiten (Reduzierung um 10 % statt 20 % wie im Arbeitspapier Drucksache 83/2010a vorgeschlagen - entscheidet der Kreistag.

Kreisrat Häußermann fragt, ob der Kreis sich auch an der neuen Rettungswache in Backnang beteilige, auch wenn diese nicht im Gesundheitszentrum Backnang untergebracht werde.

Landrat Fuchs erklärt, dass ein konkretes Finanzierungskonzept derzeit noch fehle. Dies würde außerdem erst im Jahr 2012 haushaltswirksam werden. Der Kreis werde sich wohl an der Finanzierung beteiligen müssen.

Kreisrat Völker fragt nach Veränderungen im Stellenplan. Er rege an, alle Veränderungen transparent zu machen.

Landrat Fuchs merkt an, dass der Stellenplan bereits in der Sitzung des Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschusses am 27.09.2010 vorberaten worden sei.

Dezernent Bauer führt aus, dass die einzige Veränderung im Stellenplan die neu geschaffene Stelle für den Lebensmittelkontrolleur sei. Dieser werde darüber hinaus vom Land bezahlt.

Kreisrat Hesky unterstützt das Anliegen von Kreisrat Völker. Jahr für Jahr werde das Personaletat nicht ausgeschöpft. Es sei wichtig, in diesem Bereich die „Luft raus zu lassen“.

Landrat Fuchs erläutert, dass man im Personalbereich bereits Einschnitte vorgenommen habe. Dies lasse sich an drei Punkten zeigen: Erstens seien gegenüber dem eigentlichen Bedarf von 57 Mio. Euro im Haushaltsentwurf noch 56,45 Mio. Euro veranschlagt. Außerdem habe man, z.B. durch Tarif- und Besoldungs bzw. Umlageerhöhungen, Mehraufwendungen in Höhe von 1,4 Mio. € zu verkraften. Drittens würden die 14,5 Stellen im Jahr 2011 voll zu Buche schlagen, die 2010 erst während des Jahres besetzt worden seien. Dennoch habe man einen niedrigeren Personaletat wie im vergangenen Jahr.

Herr Bauer weist ergänzend darauf hin, dass 50 % der Personalkosten fremdfinanziert seien. Wenn bei den Ausgaben gekürzt werde, müssten konsequenterweise auch die Einnahmeansätze nach unten korrigiert werden. Außerdem seien nur wenig echte Verwaltungsstellen geschaffen worden.

Kreisrat Lenk unterstützt die Ausführungen von Kreisrat Völker. Er rege an, jährlich zum Haushalt eine Übersicht mit den erfolgten Personalveränderungen vorzulegen.

Kreisrat Kaufmann bemängelt die Transparenz an der Finanzierung der Personalkosten. Nach seiner Auffassung, hätten die vier Verwaltungsstellen auch über interne Umsetzungen besetzt werden können.

Herr Bauer verweist darauf, dass die Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen gezeigt hätten, dass es kaum Einsparpotentiale gebe.

Kreisrat R. Ulrich schlägt, unabhängig von der Beratung des Stellenplans im September vor, zukünftig die Personalveränderungen, über die der Ausschuss entscheide, ausführlicher darzustellen. Vor allem vor dem Hintergrund, dass 375.000 € für Höhergruppierungen eingestellt seien.

Der Ausschuss beschließt einstimmig zu VI.:

- 1.) Der Kreistag beschließt über die Kreisumlagehöhe.

Dem Kreistag wird empfohlen:

- 2.) Den unter II – V der Drucksache 110/2010 aufgeführten Änderungen (ohne Kreisumlage) einschließlich eventueller Änderungen aus lfd. Nr. 2) sowie den Änderungen beim Zweckverband Wieslaufalbahn wird (vorbehaltlich der Beschlussfassung des Verbands Region Stuttgart und der des Zweckverbands Wieslaufalbahn) zugestimmt.
- 3.) Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für die Kredite der Rems-Murr-Kliniken gGmbH für Investitionen in Höhe von 1.700.000 Euro im Jahre 2011 wird zugestimmt.



Auszüge:

4 GB Finanzen

1 RMIM

§ 3

Vereinbarung mit der Agentur für Arbeit zur gemeinsamen Einrichtung

(Drucksachen 37/2010-VSKA21.06.10, 70/2010-VSKA27.09.10, 86/2010-KT18.10.10; Drucksache 101/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Kreisrat Völker erklärt, nachdem nach § 6 Abs. 2 der Vereinbarung der örtliche Beirat den politischen Dialog fördern solle, wundere er sich, dass die Kreistagsfraktionen nicht Mitglied des Beirats sein werden.

Kreisrätin Fauth-Rank sieht in der künftigen Organisationsstruktur eine große Chance für das Jobcenter, mehr Kundenzufriedenheit zu erlangen.

Ohne weitere Beratung nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat V

2 GB Soziales

§ 4

Sachstandsbericht zum Neubau des Rems-Murr-Klinikums in Winnenden

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Herr Winter, Geschäftsführer der Rems-Murr-Kliniken gGmbH, gibt einen Sachstandsbericht zum Neubau der Rems-Murr-Klinik in Winnenden anhand eine Präsentation ab, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist. Geplant sei, dass die Rohbauarbeiten bis Anfang Februar 2011 abgeschlossen werden können, die Fassadenarbeiten im Sommer 2011. Parallel hierzu könne bereits Ende 2010 mit den Ausbauarbeiten und Anfang 2011 mit den Arbeiten für die Haus- und Medizintechnik begonnen werden. Die Kosten des Projekts würden sich geplanten Rahmen bewegen. Momentan ergebe sich sogar eine Unterschreitung der Gesamtkosten um 183.000 €.

Auszüge:

1 Rems-Murr-Kliniken



§ 5

Spendenbericht

(Drucksache 111/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Ohne weitere Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig:

Der Annahme der in der Anlage zu DS 111/2010 aufgeführten Spenden  
und Zuweisungen wird zugestimmt.

Auszüge:

1 GB Finanzen





§ 6

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert